

IHK-Position**Für Sicherheit und Sauberkeit im Frankfurter Bahnhofsviertel**

Das Frankfurter Bahnhofsviertel hat aufgrund seiner Lage zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt, seiner teils gründerzeitlichen Gebäudesubstanz und seiner historischen Bedeutung sehr gute Voraussetzungen, um ein attraktives Willkommenstor von Frankfurt zu werden – auch dank der gastronomischen und touristischen Angebote sowie dank der Vielfalt an Menschen, die hier wohnen, arbeiten und einkaufen.

Doch Drogenkriminalität, Bettelbanden, Schmutz, Gestank und Verwahrlosung prägen das Frankfurter Bahnhofsviertel und Teile des Hauptbahnhofs. Auch angrenzende Stadtteile, wie die Innenstadt, sind betroffen. Der Mangel an Sicherheit und Sauberkeit beeinträchtigt das Image der Wirtschaftsmetropole und ihre Entwicklungschancen:

- Arbeitgeber berichten von der Angst ihrer Mitarbeiter vor Belästigungen bis hin zu tödlichen Angriffen. Besucher des Bahnhofsviertels – Touristen, Kunden, Mitarbeiter der Unternehmen – fühlen sich unwohl. Sie versuchen, das Bahnhofsviertel zu meiden, indem sie vom ÖPNV aufs Auto umsteigen, was teuer ist und wofür es nicht genug Parkraum in Tiefgaragen gibt. Die Verhältnisse im Bahnhofsviertel erschweren es Arbeitgebern, Mitarbeiter zu überzeugen, öfter im Büro statt im Home-Office zu arbeiten. Sie sind zunehmend ein Kündigungsgrund und ein spürbares Hemmnis für die Fach- und Arbeitskräftegewinnung.
- Einzelhändler in der Innenstadt berichten von Beschwerden von Kunden über provozierendes Benehmen von Gruppen junger Männer und anderer Gruppen, aggressives Betteln, Verschmutzung und Gestank, was ihre Kauflaune trübt. Eine Folge ist, dass Kunden seltener oder weniger in der Innenstadt kaufen.
- Touristen, Geschäftsreisende und Investoren sind häufig entsetzt über das schlechte Erscheinungsbild rund um den Hauptbahnhof. Sie erleben andere Metropolen als sicherer und sauberer, etwa München. Bereits in den Fernzügen wird vor Taschendieben im Hauptbahnhof gewarnt. Zu hinterfragen ist, warum diese nicht festgenommen werden? Der erste Eindruck zählt – am Hauptbahnhof ist er oft negativ. Kürzlich hat ein Logistikkonzern seinen europaweiten Führungskongress nach Norddeutschland verlegt, weil Frankfurt als unsicher galt.
- Immobilienunternehmen, die Gebäude im Bahnhofsviertel bewirtschaften, haben die Sorge vor einem Werteverfall, weil sich die positive Entwicklung des Viertels nicht fortsetzt – im Gegenteil. Die Ansiedlung eines Suchthilfezentrums in der Niddastraße droht den Negativtrend zu verstärken.

Die für die nächsten 20 Jahre anstehenden Großbaustellen – Bahnhofsumbau, Umgestaltung der Straßenbahn und der Fernbahntunnel werden es erschweren, Sicherheit und Sauberkeit zu gewährleisten.

In den vergangenen Jahren wurden bereits Maßnahmen durch Stadt und Land ergriffen. Diese erkennen wir als erste Schritte an. Diese gilt es zu intensivieren und auszubauen durch folgende Maßnahmen:

1. Die Präsenz von Sicherheitskräften und insbesondere Landespolizei und Stadtpolizei, die zurecht gesteigert wurde, sollte weiter erhöht werden, um Delikte aller Art zu unterbinden – von Taschendiebstählen bis zum Drogenhandel. Durch mehr sichtbare Präsenz würden Kriminelle abgeschreckt. Das subjektive Sicherheitsgefühl von Unternehmern, Mitarbeitern, Kunden, Geschäftsreisenden und Touristen würde steigen.
2. Gegen organisierte Bettelbanden und deren Hintermänner sollten Polizei und Justiz noch mehr als bisher einschreiten. Das Land sollte – falls nötig – die Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass Bettelei in zentralen Einkaufsstraßen und touristischen Gebieten verboten werden kann.
3. Das Ordnungsamt sollte konsequent rechtswidriges Verhalten wie Pöbeleien und Verschmutzungen stoppen, anzeigen und Platzverweise veranlassen, damit Kunden und Touristen nicht abgeschreckt werden.
4. Die Stadtreinigung sollte schneller gegen Schmutz und Gestank vorgehen. Verwahrlosungen, etwa Müllablagerungen im öffentlichen Raum, gilt es zu beseitigen. Auch Müll und Schmutz auf privaten Flächen, etwa an Baustellen und in Eingangsbereichen leerstehender Gebäude, sollten beseitigt werden, wenn es das allgemeine Erscheinungsbild beeinträchtigt. Dies sollte das Ordnungsamt durchsetzen.
5. Stadt und Land sollten flächendeckend Videoschutzeinrichtungen installieren, um Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten aufzzeichnen, verfolgen und ahnden zu können. Videoschutzeinrichtungen tragen dazu bei, das subjektive Sicherheitsgefühl von Erwerbstägigen, Geschäftsreisenden, Passanten und Touristen zu erhöhen. Sie erleichtern der Polizei die konsequente Verfolgung von Straftätern.
6. Beim Umbau rund um den Bahnhof einschließlich unterirdischer Anlagen sollten dunkle und uneinsichtige Bereiche vermieden werden, u.a. durch Beleuchtung.
7. Der offene Konsum von Drogen auf Straßen und öffentlichen Plätzen sollte durch Polizei und Ordnungsamt verhindert werden. Für den Wirtschaftsstandort ist eine offene Drogenszene inakzeptabel, denn sie schreckt Investoren, potenzielle neue Mitarbeiter in Unternehmen sowie Einzelhandelskunden und Touristen ab. Drogenkranke Menschen sollten durch Gesundheitsdienste eng betreut werden, wozu die aufsuchende Sozialarbeit intensiviert und geeignete Unterkünfte geschaffen werden sollten.

8. Wir unterstützen grundsätzlich die Einrichtung eines neuen Crack-Suchthilfezentrums in Frankfurt. Die Auswirkungen des Standorts auf Sicherheit und Sauberkeit sollten tiefergehend analysiert werden, und es sollten verschiedene Optionen betrachtet und bewertet werden. Folgen für Hotels, Gastronomie und andere Unternehmen sind in diese Betrachtung einzubeziehen. Das geplante Zentrum ist am vorgesehenen Standort voraussichtlich unzulässig, da es gegen das bauplanungsrechtliche Rücksichtnahmegerbot verstößt. Zudem drohen rechtliche Risiken durch Nachbarklagen. Störungen durch Crack-Konsum im Umfeld sollten konsequent verfolgt werden. Der Standort und seine Auswirkungen sollten nach spätestens fünf Jahren evaluiert und Regelungen, die sich nicht bewährt haben, sollten zurückgenommen werden.
9. Um die Aufenthaltsqualität für Beschäftigte, Kunden, Geschäftsreisende und Touristen zu verbessern, sollte das Nachtquartier in der B-Ebene und der U-Bahnstation Eschenheimer Tor an eine weniger zentrale Stelle mit besserer Versorgung, als dies heute der Fall ist, verlagert werden. Obdachlose und suchtkranke Menschen sollen nicht länger rund um den Bahnhof campieren dürfen. Ihnen sollten alternative Unterkünfte angeboten und notfalls auch zugewiesen werden. Einrichtungen in Randlagen der Stadt mit guter Betreuung und Hilfe- und Therapieangeboten sollten geschaffen werden.
10. Einrichtungen zur Hilfe für Drogenkranke in Frankfurt sollten primär Suchtkranken aus Frankfurt offenstehen. Auswärtige Drogenkonsumenten sollten von ihren Heimatgemeinden oder -kreisen betreut werden. Dazu gehört auch, Aufenthaltsverbote in Frankfurt zu erteilen, die der Gefahrenabwehr gemäß dem Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung dienen. Andernfalls würde sich das Standort- und Sicherheitsproblem für Unternehmen, Kunden, Touristen und Investoren in Frankfurt voraussichtlich weiter erhöhen. Frankfurt darf nicht zum Drogensuchzentrum in der Mitte Deutschlands werden, denn es würde die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts beeinträchtigen.
11. Das Thema Sicherheit und Sauberkeit sollte, wie in der Vergangenheit, wieder zur Chefsache erklärt werden, indem in einer Stabstelle direkt beim Oberbürgermeister die Kompetenzen gebündelt werden. Damit würde dem Handlungsbedarf für die Wirtschaft bei diesem Thema, das sehr auf die Standortattraktivität ausstrahlt, Ausdruck verliehen.

Die IHK Frankfurt am Main ruft Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sowie Landespolizei und Stadtpolizei dazu auf, zügig diese Maßnahmen zu ergreifen, damit der Hauptbahnhof und das Bahnhofsviertel wieder sicher und sauber sowie ein attraktives Eingangstor von Frankfurt werden.